



SCHWERPUNKTTHEMA: EUROPA UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

EUROPA DER VERSCHIEDENEN GESCHWINDIGKEITEN

Von Dr. Nina Scheer MdB

Das Referendum zum Austritt Großbritanniens aus der EU, Entscheidungen zu Freihandelsabkommen, zur Rettung Griechenlands, weltweite Fluchtbewegungen, bei uns Schutz suchende Menschen, aber etwa auch Herausforderungen zur Eingrenzung des Klimawandels sowie Maßnahmen zum Schutz vor dessen Auswirkungen zeigen auf, vor welcher immensen Herausforderung sich die Weltgemeinschaft, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten gestellt sehen. Dies wird noch um die Herausforderung eines einigungsfähigen Europas ergänzt. Ein europäischer Gestaltungsanspruch setzt wiederum voraus, dass er demokratisch solide geerdet ist.



Unmittelbar nach dem Brexit-Referendum wurde richtigerweise eine Stärkung demokratischer Strukturen diskutiert; eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Dies findet sich auch in dem Gerechtigkeitspapier unseres SPD-Landesverbandes wieder.

Als Kennzeichen und Anknüpfungspunkte für die Reformbedürftigkeit der EU erkenne ich zwei Subsidiaritätsrügen seitens Deutschlands gegenüber der Europäischen Kommission:

Eine Rüge betrifft die Dienstleistungsrichtlinie, in deren Umsetzung ein Konflikt mit dem Erhalt des vom Deutschen Bundestag auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion verteidigten Meisterbriefes gesehen

wird. Die andere betrifft Entwürfe der Kommission für eine Energie-Union, hier das sogenannte Winterpaket (Clean Energy for All Europeans) – eine Art Europäisierung der Energiepolitik. Auch hier mahnte Deutschland an, keine Einmischung in nationale Gestaltungshoheiten vorzunehmen, die mit dem Vertrag von Lissabon in Fragen des Energiemixes in mitgliedstaatlicher Hand liegen.

Die betreffenden Regelungsrahmen tragen die Handschrift der Europäischen Kommission und nicht die von Volksvertreterinnen und Volksvertretern. Beide Regelungsrahmen lassen eine Vernachlässigung mitgliedstaatsspezifischer kultureller und systemischer Unterschiede erkennen, wie sie aus einer praxisnahen und vor Ort zu legitimierenden Betrachtung anders ausfiele. Es bedarf einer Stärkung parlamentarischer Gestaltungsbefugnisse – zu einem früheren Zeitpunkt der Gestaltung.

Beide Themenbereiche lassen zudem erkennen, dass die Europäische Union in Fragen des Binnenmarktes ein Bekenntnis zur Entschleunigung vorzunehmen haben wird. Ein Weniger an Vertiefung des Binnenmarktes mag dabei ein Mehr an Europäischer Einigung sein. Eine Überforderung in Fragen der Vertiefung macht die Europäische Union anfällig für rechtes Gedankengut und birgt die Gefahr einer Spaltung.

INHALT DIESER AUSGABE:

- **Schwerpunktartikel zu Europa und soziale Gerechtigkeit (S. 1-9)**
- **SPD gegen Autobahnprivatisierung (S. 10)**
- **Aus der Arbeit der Küstengang... (S. 11)**
- **Veranstaltungsankündigungen (S. 11)**
- **Gästerückblick und Impressum (S.12)**



**SCHWERPUNKTTHEMA:
EUROPA UND SOZIALE GERECHTIGKEIT**

GAAT STEMMEN, VOTEZ, WÄHLT!

Von Dr. Karin Thissen MdB

2017 hats in sich, es ist das Jahr der Wahlen. Weltweit werden fast 50 Präsidenten und Parlamente gewählt, auch in Europa:

Unter anderem am 12. Februar ein neuer Bundespräsident: Frank-Walter Steinmeier. In seiner Antrittsrede hat der ehemalige Außenminister einen wesentlichen Satz gesagt: „Freiheit und Demokratie in einem vereinten Europa, dieses Fundament wollen, müssen wir miteinander verteidigen.“

Einen wichtigen Schritt in eben dieser Verteidigung von Freiheit und Demokratie haben wir Europäer bereits gemacht – oder vielmehr die niederländischen Europäer unter uns.

Sie haben sich gegen die Rechtspopulisten um Geert Wilders entschieden. Nun ist es an Frankreich, die Frage für sich und Europa zu beantworten.

Wenn dieser Infobrief erscheint, hat die erste Runde der Präsidentschaftswahlen bereits stattgefunden und die Stichwahl steht bevor.

Als deutsch-französische Staatsbürgerin darf ich auch über die Zukunft Frankreichs und somit über die Zukunft Europas mitentscheiden. Wie schon in den Niederlanden gilt es, den Nationalisten entgegenzutreten, die „mit der EU Schluss machen“ wollen. Sie stellen sich gegen Minderheiten, hetzen und schüren Angst.

Die Wahl in Frankreich ist nicht nur eine nationale Entscheidung, sondern mehr als jemals in der europäischen Nachkriegsgeschichte zuvor eine Entscheidung über die EU. Europa steht am Scheideweg und wir, alle Europäer, müssen uns entscheiden: Wohin mit Europa? Wir brauchen jenseits des Rheins einen verlässlichen Partner, der die Errungenschaften der europäischen Einigung würdigt und bereit ist, Freiheit und Demokratie europaweit zu verteidigen.

Mit diesem Wissen und Fokus auf unseren SPD-Kanzlerkandidaten und die Bundestagswahlen sind wir gut gerüstet.

Aufgewachsen im Dreiländer-Eck weiß Martin Schulz um die Bedeutung offener Grenzen und den Austausch zwischen Menschen.

Die Jahre als Mitglied des Europäischen Parlaments und als dessen Präsident haben Martin Schulz zu einem Experten für Europa gemacht.

Er hat aus beruflicher wie persönlicher Erfahrung „Freiheit und Demokratie in Europa“ erlebt und zwar nicht als Selbstläufer. Und er hat dabei verinnerlicht, dass ohne diese Grundwerte nichts läuft!



In Deutschland geht es im September 2017 um mehr Gerechtigkeit. Es geht aber vor allem auch um Freiheit und Demokratie in Europa. Es geht um unser gemeinsames Erbe und unsere gemeinsame Zukunft. Und diese Zukunft in einem vereinten Europa werden wir verteidigen! Gemeinsam.



SCHWERPUNKTTHEMA: EUROPA UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

ZEITEN DES AUFBRUCHS

Von Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB

Wie heißt es doch so schön: „Alles neu macht der Mai!“ Die Aufbruchstimmung und die neue Hoffnung sind im ganzen Land spürbar. Das konnten wir zum Beispiel bei den Wahlen in den Niederlanden und im Saarland beobachten. In beiden Fällen ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den vorherigen Wahlen wieder gestiegen.

Es ist ein gutes Zeichen, dass die demokratischen Parteien wieder mehr Stimmen für sich gewinnen konnten, sogar von bisherigen Nichtwählern. Die Menschen erkennen wieder: Meine Stimme zählt. Als positiver Nebeneffekt verlieren so auch die Rechtspopulisten an Einfluss.

Denn jetzt wird sichtbar: Diese Bewegungen bieten weder Lösungen noch Ideen, sondern ausschließlich Parolen voller Angst und Hass. Wir dürfen den Rechtspopulisten, Nationalisten und Rassisten unsere Zukunft nicht überlassen!

Neue Begeisterung für Politik und Europa

Innen- und Außenpolitik werden wieder zu interessanten Themen, auch und besonders für Jugendliche.

Die Zahl der Neueintritte in die SPD und die regelmäßigen pro-europäischen Kundgebungen und Demonstrationen in etlichen Städten in Europa zeigen das auf ganz eindringliche Weise.



Nun wird die schweigende Mehrheit, die zu Europa steht, endlich laut. Zwar ist nicht alles an der Europäischen Union optimal und vieles kann und muss verbessert werden. Aber 70 Jahre Frieden sind keine Selbstverständlichkeit.

Ich finde es beeindruckend und bewundernswert, dass die Menschen wieder so engagiert dafür eintreten, ihre eigene Zukunft mitzugestalten. Wir brauchen jetzt ein vereintes, solidarisches und zukunftsgerichtetes Europa. Dafür setze ich mich ein.

Mein Einsatz in der Taskforce Brexit

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Mitgliedsländer noch besser zusammenarbeiten. Nur so kann die Europäische Union gestärkt aus den aktuellen Herausforderungen hervorgehen. Besonders der Brexit stellt den Staatenverbund auf die Probe.

Um diesen Prozess zu begleiten und Deutschlands Position in den Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens zu beeinflussen, hat die SPD-Bundestagsfraktion die sogenannte Taskforce Brexit ins Leben gerufen.

Ich vertrete in dieser Querschnittsarbeitsgruppe den Verkehrsausschuss. Die erste Sitzung des neuen Gremiums fand bereits am 29. März statt, ausgerechnet dem Tag, an dem der Antrag für den Austritt Großbritanniens in Brüssel eingegangen ist.



**SCHWERPUNKTTHEMA:
EUROPA UND SOZIALE GERECHTIGKEIT**

STARKE FAMILIEN – STARKE KINDER!

Von Sönke Rix MdB

Die meisten jungen Paare bevorzugen die partnerschaftliche Aufteilung der Nachwuchsbetreuung und wollen zugleich ihre beruflichen Wege weiterverfolgen. Das wollen wir mit dem Modell der „Familienarbeitszeit“ unterstützen. Danach sollen Eltern ein Familiengeld in Höhe von 300 Euro erhalten, wenn beide im Rahmen von 26 bis 36 Stunden wöchentlich arbeiten und sich gemeinsam um ihren Nachwuchs kümmern. Das trägt den Vorstellungen junger Eltern Rechnung und gelingt, wenn sich die Arbeitszeiten von Eltern annähern. Das Familiengeld schafft dafür die Voraussetzung.

Aber das geplante Familiengeld rechnet sich für Eltern nicht nur während der Familienzeit. Vielmehr fällt ihr Einkommen damit langfristig höher aus. Das Familiengeld wird deshalb dafür sorgen, dass der staatliche Unterstützungsbedarf von Frauen im Lebensverlauf und die geschlechtsspezifische Rentenlücke spürbar abnehmen.



Wir greifen damit die gesellschaftliche Wirklichkeit von Familien und ihre jeweiligen Folgen für Frauen und Männer auf – gerecht, langfristig durchdacht und lebensnah.

Außerdem wollen wir 100.000 zusätzliche Kita-Plätze bereitstellen – nicht nur für unter Dreijährige, sondern auch für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schulbeginn. Besonderes Augenmerk wird dabei auf qualitative Aspekte vor allem bei der Gestaltung von Innen- und Außenräumen gelegt. Mit dem bereitgestellten Geld wollen wir Investitionen fördern, die der Bewegung, der Gesundheitsversorgung, der Inklusion oder der Familienorientierung dienen.

Darüber hinaus wurde mit der Einführung der Entgelttransparenz auf Initiative der SPD ein wichtiger Baustein aktiver Gleichstellungspolitik gesetzt. Weitere wichtige Punkte, die Familien zugutekommen, wurden bereits mit der Einführung des gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns, mit dem Kita-Ausbau, der Geschlechterquote in Aufsichtsräten und der Flexibilisierung des Elterngeldes erreicht. Die SPD ist hier mit Weitblick an den richtigen Familienthemen dran!

EUROPA-KOMPETENZ DURCH BILDUNG STÄRKEN!

Von Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Überzeugte und begeisterte Europäer kämpfen in diesen Tagen für Europas Zukunft und das europäische Zukunftskapital von Frieden, Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit. Der Nationalismus von Marine Le Pen, der Brexit in Großbritannien und der Chauvinismus in Polen und Ungarn machen uns besorgt, aber nicht hilflos. Die autokratischen und radikalkapitalistischen Systeme von Trump, Putin und Erdogan sehen uns wachsam, aber nicht passiv und fatalistisch, ganz im Gegenteil: Jetzt erst recht für Europa! Für ein erneuer-

tes Europa! Für ein Europa, das die Menschen begreifen, das sie mitgestalten und mit dem sich die Menschen positiv identifizieren.

Dabei ist klar: 60 Jahre nach Abschluss der Römischen Verträge ist nicht der Zeitpunkt für nostalgische Verklärung und unkritisches Weggucken bei offensichtlichen Fehlentwicklungen und Schwächen des modernen Europas. Die Wohlstandsentwicklung in Europa geht an zu vielen Menschen vorbei.

Fortsetzung auf Seite 5...



SCHWERPUNKTTHEMA: EUROPA UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

EUROPA-KOMPETENZ DURCH BILDUNG STÄRKEN!

...Fortsetzung von Seite 4

Es gibt sehr dramatische soziale Spaltungen. Innovation im Kontext von Forschung und Entwicklung sind sehr ungleich verteilt in Europa. Manche Länder Europas drohen von diesen Zukunftsressourcen immer weiter abgehängt zu werden. Wenn Europa jetzt zu neuen Ufern aufbrechen soll, werden Europa-Kompetenz und Europa-Bildung immer wichtiger.

Als Schleswig-Holsteiner haben wir das Glück, in einem europafreundlichen Bundesland mit einer besonderen Europa-Tradition zu leben. Die Bonn-Kopenhagener Erklärung von 1955 ist immer noch das Fundament für eine europaweit einmalige und fortschrittliche Minderheitenpolitik, die in Schleswig-Holstein sogar Verfassungsrang hat. Die Vision einer erneuerten Hanse in der Regierungszeit von Björn Engholm hat im Land in ein Europa-Ministerium geführt und trägt immer noch Früchte in den Gremien der engeren und weiteren Ostseekooperation. Und wenn von den 540 Europa-Schulen 43 im kleinen Schleswig-Holstein beheimatet



sind, spricht dieses genauso für eine besondere Aufgeschlossenheit gegenüber Europa wie die zahlreichen Hochschulpartnerschaften und die Begründung der Europa-Universität in Flensburg mit ihrem besonderen Auftrag und Profil. Weiter so! Was könnte eine bessere Antwort auf die Schreckensteine von Brexit, Le Pen-Nationalismus und AfD-Europa-Feindlichkeit sein, als eine breite Bewegung in Schulen und Hochschulen für Europa.

Immerhin: Die junge, nachwachsende Generation im Westen wie im Osten Europas steht in ihrer Mehrheit offensichtlich noch positiv zur europäischen Idee! Dazu dürften auch europäische Bildungs- und Austausch-Initiativen wie das Programm Erasmus+ beigetragen haben, das seit 30 Jahren Lernende und Lehrende aus allen Abschnitten der Bildungsbiographie von der Schule bis zur Weiterbildung anspricht. Neun Millionen Teilnehmende haben daran proramübergreifend partizipiert. Rund 15 Milliarden Euro stehen für den Zeitraum von 2014 bis 2020 bereit. Für eine Verdoppelung der Programmkapazitäten auf vier Milliarden Euro pro Jahr kämpfe ich.

Aber mehr Mittel alleine machen noch nicht alles gut. Erasmus+ darf nicht ein Club der Akademiker werden. Wir müssen dieses Austauschprogramm in der beruflichen und in der Erwachsenenbildung mehr etablieren. An den Universitäten ist die Europa-Kompetenz angekommen, aber was ist mit den Betrieben, was ist mit Mobilitätsprojekten in der Erwachsenenbildung, was ist mit mehr Schüler- und Lehreraustausch an allen Schulen? Denn die Mittel von Erasmus+ verteilen sich nicht gleichmäßig auf alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen. Aus den 77,5 Prozent der Mittel für die Bildung gehen 43 Prozent in die Hochschulbildung, 22 Prozent in die Berufliche Bildung, 15 Prozent in die Schulbildung und nur fünf Prozent in die Erwachsenenbildung. Welch ein Ungleichgewicht! Ich wünsche mir jedenfalls, dass mehr Auszubildende und Handwerksmeister am Austauschprogramm teilnehmen.

Bestätigt sehe ich mich hierin auch in sehr positiven Gesprächen, die ich hierzu jüngst mit dem Landessprecher für die beruflichen Schulen führen konnte.

Fortsetzung auf Seite 6...



SCHWERPUNKTTHEMA: EUROPA UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

EUROPA-KOMPETENZ DURCH BILDUNG STÄRKEN!

...Fortsetzung von Seite 5

Und auch bei dem Gespräch der Landesgruppe mit den Präsidenten der Handwerkskammern aus Schleswig-Holstein ist dieses Ziel positiv aufgenommen worden, allen Widrigkeiten wegen der unterschiedlichen Berufsbildungssysteme zum Trotz.

Auch die Diskussionsveranstaltungen zu Europa an den Schulen machen immer wieder Mut. Da wird genau hingehört, wenn die persönliche Zukunft der Schülerin-

nen und Schüler oder der jungen Auszubildenden mit Europa verbunden wird.

Diese Diskussionen fordern und fördern. Der bundesweite Projekttag an den Schulen für Europa am 22. Mai 2017 ist eine gute Gelegenheit, diese Diskussionen zu vertiefen.

Wir von der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein sind dabei.

MEHR LOHNGERECHTIGKEIT FÜR FRAUEN IN DEUTSCHLAND

Von Gabriele Hiller-Ohm MdB

Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen beträgt in Deutschland immer noch 21 Prozent. Damit gehören wir mit Estland, Tschechien und Österreich zu den Schlusslichtern im Vergleich der 28 EU-Staaten. Doch nun sind wir in Deutschland einen entscheidenden Schritt weiter gekommen. Mit dem im März verabschiedeten „Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen“ wollen wir einen Kulturwandel einleiten und mit dem Tabu brechen, dass in Deutschland nicht über Geld gesprochen wird.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Firmen ab 200 Angestellten können künftig Informationen darüber verlangen, was vergleichbare Kolleginnen und Kollegen verdienen. Darüber hinaus sieht das Gesetz vor, dass Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten zusätzlich ihre Entgeltstrukturen auf die Einhaltung der Entgeltgleichheit überprüfen und regelmäßig einen öffentlich einsehbaren Bericht zum Thema Lohngleichheit vorlegen müssen.

Durch diese Neuregelung müssen sich die Unternehmen stärker als bisher mit ihren Entgeltstrukturen beschäftigen und können dies auch positiv als Wettbewerbsvorteil nutzen. Das ist eine weitere Stufe auf dem Weg zu mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen – sicher wird es nicht die letzte sein. Denn der Widerstand aus der Wirtschaft und von Seiten der Unionsparteien ist leider groß, wenn es um die Verwirklichung von Gleichstellung geht. Zum Stopfen der Lohn-

lücke sind nicht nur gleiche Gehälter für gleiche und gleichwertige Arbeit nötig, sondern auch andere Maßnahmen wie etwa die Aufwertung von Sozial- und Sorgeberufen oder auch das Rückkehrrecht in Vollzeit.

Fortsetzung auf Seite 7...





**SCHWERPUNKTTHEMA:
EUROPA UND SOZIALE GERECHTIGKEIT**

MEHR LOHNGERECHTIGKEIT FÜR FRAUEN IN DEUTSCHLAND

...Fortsetzung von Seite 6

Viele Frauen tauschen ihre Vollzeitstelle in einen Teilzeitjob, wenn ein Kind unterwegs ist. Später, wenn das Kind älter ist, bleibt ihnen der Rückweg in die Vollzeitarbeit oft versperrt, da es kein Recht auf Rückkehr in die ursprüngliche Vollzeitanzstellung gibt.

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat versprochen, sich bis zum Ende der Regierungszeit mit der Union mit aller Kraft für die Umsetzung des fest im Koalitionsvertrag vereinbarten Rückkehrrechts zur Vollzeit einzusetzen. Schließlich gibt es das Recht aus Vollzeit in Teilzeit zu gehen, wenn ein Unternehmen mehr als 15 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt. Dieses muss dann auch umgekehrt gelten und ein Rückkehrrecht in die vormalige Arbeitszeit beinhalten. Dafür werden wir weiter kämpfen und gegebenenfalls mit Martin Schulz in der nächsten Wahlperiode dieses für viele Frauen so wichtige Recht umsetzen – damit reduzierte Arbeitszeit nicht zur Teilzeitfalle wird.



Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Gabriele Hiller-Ohm, MdB beim Empfang zur Verabschiedung des Lohngerechtigkeitsgesetzes am 30.3.2017

EIN GERECHTERES STEUERSYSTEM IST MÖGLICH!

Von Matthias Ilgen MdB

Die Union will mit einem teuren populistischen Versprechen in den Wahlkampf ziehen! 15 Milliarden Euro Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger bei der Einkommenssteuer und die Abschmelzung des Solidaritätszuschlages. Viele Menschen, die „gefühlte zu viele“ Steuern bezahlen, könnten sich davon angesprochen fühlen.

Im Gegenzug scheint es dann wenig vielversprechend, wenn die SPD mit dem Konzept aus dem Jahre 2013 antreten würde.

Hier sollten das Ehegattensplitting abgeschafft, die Erbschaftssteuer erhöht und die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden. Alles sozialdemokratische Herzensangelegenheiten, die leider bei den Wählerinnen und Wählern wenig ankommen und vor allem in der Kombination von der politischen Konkurrenz sehr einfach als "Katalog sozialistischer Marterwerkzeuge" abgestem-

pelt werden. Daher muss die SPD diesmal einen klügeren Ansatz wählen.

Gerechtigkeit muss das Credo sein

Wenn man das Steuersystem auf seine Gerechtigkeitsfunktion hin betrachtet, stellt man fest, dass im Grunde eine Art linear-progressiver Tarif das fairste Modell ist. Die Grundidee: Wer viel verdient, zahlt mehr Steuern – wer geringer verdient, zahlt weniger Steuern.

Derzeit haben wir das Problem, dass die kleinen Einkommen, zum Beispiel bei einem Alleinverdiener mit 2.000 Euro brutto, nur gering durch die Einkommenssteuer belastet werden, zugleich aber die Sozialabgaben voll zuschlagen. Im Beispiel würde ein lediger Single knapp 17 Euro Kirchensteuer bezahlen – aber satte 415 Euro Sozialversicherungsbeiträge.

Fortsetzung auf Seite 8...



SCHWERPUNKTTHEMA: EUROPA UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

EIN GERECHTERES STEUERSYSTEM IST MÖGLICH!

...Fortsetzung von Seite 7

Es verbleiben ihm unter Berücksichtigung von Freibeträgen im Monat ungefähr 1.572,50 Euro. Er zahlt also ein Viertel seines Bruttolohns an den Staat. Will man ihn wirklich entlasten, kann dies nur über die Sozialabgaben geschehen. Von einer Steuerentlastung hat er oder sie rein gar nichts!

Ein Gegenbeispiel: Ein selbständiger Spitzenverdiener, verheiratet, seine Ehefrau auf 451 Euro in der eigenen Firma angestellt (so dass sie sozialversichert ist) hat ein Bruttoeinkommen von 10.000 Euro im Monat – nachdem bereits sein Leasingauto, sein Büro im eigenen Haus und sein tägliches Mittagessen mit Geschäftspartnern von seinem zu versteuernden Einkommen abgezogen wurden.

Sehr wahrscheinlich ist er privat kranken- und pflegeversichert und sorgt für seine Rente durch zunehmenden Immobilienerwerb und Vermietung, was aber zunächst natürlich keine Gewinne abwirft, weil die Kosten steuermindernd abgezogen werden.

Wenn man die Krankenversicherung mit einbezieht, kommt unser Beispielklient unterm Strich auf eine Steuerbelastung von 1.474,50 Euro und privater Sozialversicherung von geschätzt zirka 500 Euro. Das macht in etwa 20 Prozent Abzug vom Einkommen. Korrekterweise müsste man noch die Vergünstigungen (Betriebsausgaben) ebenfalls einbeziehen, um ihn mit

unserem Normalarbeitnehmer mit 2.000 Euro Bruttoeinkommen zu vergleichen.

Um es auf den Punkt zu bringen: Der Spitzenverdiener ist systembedingt deutlich besser gestellt als der normale Arbeitnehmer. Das kann und darf nicht sein! Bei der Frage nach Verteilungsgerechtigkeit muss jede Reform des Steuer- und Abgabensystems an diesem entscheidenden Punkt ansetzen!

Unsere Forderungen sollten daher sein:

1. Die konsequente Einführung einer Erwerbsversicherung – also Bürgerversicherung in Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung!

2. Die Gleichstellung von Kostenaufwendungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Selbständigen – in den USA kann zum Beispiel auch ein Arbeitnehmer solche Kosten von der Steuer absetzen!

3. Das Schließen aller noch bekannten Steuerschlupflöcher! Es kann nicht sein, dass große Konzerne durch Verschlebungstricks innerhalb Europas sich letztlich um Umsatz- und Gewinnsteuern drücken können!

Gerade den letzten Punkt müssen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern auf supranationaler Ebene in Zukunft

angehen. Hier kann es nur eine EU-weite Lösung geben.





SCHWERPUNKTTHEMA: EUROPA UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

GEMEINSAME ARBEIT AN DER ZUKUNFT – PARLAMANTARISCHES OSTSEEJUGENDFORUM UND ARBEITSGRUPPE FÜR DEN NACHHALTIGEN TOURISMUS DER OSTSEEPARLAMANTARIERKONFERENZ

Von Franz Thönnies MdB

Die Beratungen des sechsten Treffens der „Working Group for Sustainable Tourism“ der Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) fanden am 13./14.3.2017 in Kiel zusammen mit Mitgliedern des Baltic Sea Youth Forum statt.

Am ersten Tag wurden den Parlamentariern und den jungen Delegierten von vier Experten unterschiedliche Herausforderungen für den Tourismus in der Ostseeregion präsentiert.

Das Hauptaugenmerk lag dabei auf der grenzüberschreitenden Darstellung der Region, dem maritimen Tourismus ebenso wie der touristischen Infrastruktur und Mobilität. Aber auch die Integration ländlicher Regionen, besonders mit Blick auf die lokale Wirtschaft und die Umwelt, wurde diskutiert.



Franz Thönnies MdB (1.v.l.) mit Teilnehmern der Working Group und des Youth Forum

Den darauffolgenden Tag nutzten wir, um die Informationen vom Vortag auszuwerten und verschiedene Lösungsansätze und Vorschläge zu beraten. Die durchmischte Arbeitsgruppe ermöglichte es uns, die unterschiedlichen Aspekte des nachhaltigen Tourismus aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten.

Gemeinsam diskutierten wir nach der „World-Café-Methode“ über Bildung, Digitalisierung, die Frage einer gemeinsamen „Ostsee-Marke“, Musikfestivals und be-

sonderer Tourismusformen wie den Fahrradtourismus. Von den jungen Erwachsenen wurde der Vorschlag laut, ein „Interferry Ticket“ nach dem Vorbild des bereits existierenden „Interrail Ticket“ einzuführen. Das würde mit Sicherheit die Reismöglichkeiten junger Menschen in der Ostseeregion verbessern. Darüber hinaus wäre es ein gutes Signal für die Entwicklung eines internationalen Programms für nachhaltigen Tourismus in der gesamten Ostseeregion.

Die gemeinsamen Vorschläge gehen in die Beratungen der BSPC-Arbeitsgruppe für den Bericht und die Erarbeitung von Empfehlungen für die nächste Ostseeparlamentarier-

konferenz im September ein. Auch präsentierten die Teilnehmer des Baltic Sea Youth Forums ihre Positionen vor dem Europaausschuss des schleswig-holsteinischen Landtages am 15.3.2017.

Am Ende des Treffens unterstrich die Vorsitzende der Arbeitsgruppe und Präsidentin des

Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Sylvia Bretschneider, wie wichtig die nachhaltige Einbeziehung junger Menschen in die Arbeit der BSPC ist. Dem stimme ich voll und ganz zu. Denn es ist ein Allgemeinplatz zu sagen, die Jugend ist unsere Zukunft.

Wichtiger ist es, frühzeitig Mitsprache und Einflussnahme zu ermöglichen. Dabei sind der Schleswig-Holsteinische Landtag und die BSPC mit gutem Beispiel vorangegangen.



SCHÄUBLES VORSCHLAG ZUR AUTOBAHNPRIVATISIERUNG: SPD WIRD DEM GESETZENTWURF DIE GIFTZÄHNE ZIEHEN!

Von **Bettina Hagedorn MdB**

Am 16. Oktober 2016 einigten sich Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble mit ALLEN 16 Ministerpräsidenten über Nacht auf eine Neuordnung der Bundes-Länder-Finanzbeziehungen, und sorgten damit für einen Paukenschlag.

Als „Preis“ für zirka eine Milliarde Euro mehr Bundesmittel für die Länder pro Jahr rang CDU-Minister Schäuble den Ländern die Zustimmung zu seinem Plan ab, eine Autobahngesellschaft des Bundes einzurichten. Diese soll zukünftig Betrieb, Planung und Bau der Autobahnen bundesweit übernehmen.

Der Haken: Private Investoren sollen durch Hintertüren (quasi unbegrenzt!) beteiligt werden! Seit Mitte Februar 2017 wird dieses Paket an Grundgesetzänderungen unter Federführung des Haushaltsausschusses beraten, in dem ich für die SPD verantwortlich für eben diese umstrittene Autobahngesellschaft bin.

In der ersten Lesung im Bundestag am 16. Februar 2017 habe ich wie alle Redner kein gutes Haar an Schäubles Gesetzentwurf gelassen:

Wir wollen keine Privatisierung durch „Netz-ÖPP“ und keine lukrativen Anlagemöglichkeiten für private Investoren, die zu Lasten von Autofahrern und Steuerzahlern den Privaten hohe Renditen garantieren sollen.

Wir wollen weder stille Einlagen erlauben noch eine Ge-

sellschaft, die jede Steuerung und Kontrolle durch das Parlament unmöglich macht – genau SO ist aber der Plan von CDU-Minister Schäuble.

Für uns als SPD ist klar: Die Autobahnen sind und bleiben in öffentlicher Hand! Der Bundesrechnungshof braucht umfassende Kontrollrechte, damit wir Abgeordnete diese Gesellschaft und ihre Aufgaben steuern und öffentliche Transparenz herstellen können.

Wir wollen die Arbeitnehmerrechte beim Übergang von den 16 Landes- zu einer Bundesverwaltung stärken und die Gewerkschaften und Personalvertretungen durch Tarifverträge verantwortlich ins Boot holen – viel Arbeit für uns auf den letzten Metern vor dem Bundestagswahlkampf.

Der Haushaltsausschuss hat im März sechs Anhörungen mit über 50 Sachverständigen an drei Tagen durchgeführt. Die Wissenschaftler mehrerer Universitäten sowie der Bundesrechnungshof haben in einer dreistündigen Expertenanhörung am 27. März 2017 zur Autobahngesellschaft unisono vor einer versteckten Privatisierung gewarnt und unterstützen uns Abgeordnete bei den notwendigen Veränderungen.

Voraussichtlich Mitte Mai soll das Gesetzzpaket in der 2./3. Lesung beschlossen werden – aber nur, wenn maßgebliche Änderungen am Schäuble-Entwurf durch uns Parlamentarier gelingen.





**AUS DER ARBEIT DER KÜSTENGANG...
VON DR. BIRGIT MALECHA-NISSEN**

**10. NATIONALE MARITIME KONFERENZ
ZUR DIGITALISIERUNG**

Als federführende Lotsin der SPD-Küstengang habe ich am Koalitionsantrag „Innovation und Forschung als Wettbewerbsvorteil der deutschen maritimen Wirtschaft“ gearbeitet. Damit haben wir zur 10. Nationalen Maritimen Konferenz zum Thema Digitalisierung einen wichtigen Meilenstein gesetzt.

Denn klar ist: Die Digitalisierung wird die Arbeitswelt revolutionieren. Damit der Standort Deutschland kon-

kurrenzfähiger Marktführer bleibt, müssen wir uns darauf vorbereiten, um diesen Wandel aktiv mit zu gestalten.

Unser oberstes Ziel mit Blick auf die Automatisierung ist, Arbeitsplätze in der maritimen Wirtschaft zu erhalten beziehungsweise sie zu schaffen. Dafür gibt es nun neue Forschungsprojekte für eine innovative und klimafreundliche maritime Wirtschaft.

++++++Was ist die Küstengang?++++++

Die Küstengang besteht aus den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten der fünf norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Als Zusammenschluss möchte sie bei maritimen Themen dem Norden eine Stimme geben. Weitere Informationen finden sich unter www.kuestengang.de.

VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNGEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Fraktion vor Ort-Veranstaltung von Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB und Edelgard Bulmahn MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, am Dienstag, den 4. Juli 2017 zum Thema „Politikbegeisterung“ in Schönberg.

Die Details zum Beginn und zum Ort der Veranstaltung können über das Wahlkreisbüro von Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB per Telefon: 04522 / 765 6060 oder E-Mail unter birgit.malecha-nissen.mdb@bundestag.de erfragt werden.

++++++

Fraktion vor Ort-Veranstaltung von Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB und Dagmar Freitag, Mitglied in den Ausschüssen für Auswärtiges und Sport des Deutschen Bundestages, am Montag, den 10. Juli 2017 zum Thema „Integration und Sport“.

Die Details zum Beginn und zum Ort der Veranstaltung können über das Wahlkreisbüro von Dr. Birgit Malecha-Nissen MdB per Telefon: 04522 / 765 6060 oder E-Mail unter birgit.malecha-nissen.mdb@bundestag.de erfragt werden.

++++++

Fraktion vor Ort-Veranstaltung von Matthias Ilgen MdB und Rainer Arnold MdB, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, am Dienstag, den 11. Juli 2017, ab 19 Uhr in Husum zum Thema „Verteidigungspolitik“.

Nähere Informationen können über das Berliner Büro von Matthias Ilgen MdB unter Telefon: 030/227-74907 oder per E-Mail unter matthias.ilgen@bundestag.de eingeholt werden.



INFOBRIEF DER LANDESGRUPPE SCHLESWIG-HOLSTEIN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

RÜCKBLICK AUF BESUCHER BEI UNSEREN LANDESGRUPPENTREFFEN:



Austausch mit Vertretern des schleswig-holsteinischen Handwerks



Reinhard Meyer,
Minister für Wirtschaft,
Arbeit,
Verkehr und Technologie des Landes
Schleswig-Holstein, zu Gast



Gabriele Lösekrug-Möller MdB, Parlamentarische
Staatssekretärin bei der Bundesministerin für
Arbeit und Soziales



Austausch mit Vertretern der norddeutschen Wohnungswirtschaft



Frank Nägele, Staats-
sekretär im
Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr
und Technologie des
Landes Schleswig-
Holstein, zu Gast in
der Landesgruppe

Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB (Sprecher der Landesgruppe
Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion & Layout:

Sandra Lechelt M.A.
Referentin der Landesgruppe Schleswig-Holstein
der SPD-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.144
11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318

Fax: 030/227-76817

E-Mail: sh-lg.spd@bundestag.de

Im Internet: <http://landesgruppe.spd-schleswig-holstein.de/>

Korrektur:

Soeren van Heck M.A. (Büro Matthias Ilgen MdB)

Quellenangaben der Abbildungen:

Susie Knoll (S. 2, 3, 4, 5, 8)
Benno Kraehahn (S. 1, 6, 10)
Gabriele Hiller-Ohm (S. 7)
Landesgruppenbüro (alle S. 12)
Sönke Allers (S. 11 Logo der Küstengang)
Franz Thönnies (S. 9)